

Pascale Bruderer, Präsidentin von Inclusion Handicap

«Der Bund hat eine sehr einseitige Sicht auf Menschen mit Behinderung»

Die Behindertenrechtskonvention der Uno ist in der Schweiz noch längst nicht umgesetzt. Ständerätin Pascale Bruderer, Präsidentin von Inclusion Handicap, plädiert für mehr Selbstbestimmung Behinderter.

Der von Ihrer Institution erarbeitete Bericht nennt schwerwiegende Mängel bei Gesetzgebung und Umsetzung in der Behindertenpolitik. Frau Bruderer, wo braucht es Gesetzesänderungen?



Pascale Bruderer. (Keystone)

Der grösste Mangel ist, dass wir heute keine übergreifende, kohärente Strategie in diesem Bereich haben. Konkret besteht das Problem, dass in der Bundesverfassung zwar ein Diskriminierungsverbot festgeschrieben ist, ebenso die Aufforderung für ein Gleichstellungsgesetz, dass die Gesetzgebung aber Lücken aufweist. So ist zum Beispiel im Bildungsbereich in der Schweiz noch immer nicht gewährleistet, dass jedes Kind aufgrund seiner Fähigkeiten und mit einem positiven Blick auf seine Persönlichkeit eine angepasste integrierte Schulung erhält. Die Regelschule sollte auch für Kinder mit einer Behinderung die Regel sein. Oder wenn wir den Fokus auf das Thema Arbeit richten: Die Gesetzgebung enthält keinen konkreten Diskriminierungsschutz. Das sind zwei wesentliche Punkte, wenn es darum geht, ob ein Mensch Selbstbestimmung entfalten und sein Leben auch unabhängig von staatlichen Leistungen meistern kann. Da gibt es grossen Handlungsbedarf.

Der Schattenbericht kritisiert zudem die nationale Behindertenpolitik als einseitig. Sind Bundesrat und Verwaltung in diesem Bereich einäugig?

Wir stellen eben immer wieder fest, dass der Bund eine sehr einseitige Sicht auf Menschen mit Behinderung und deren Lebenssituation hat. Diese Sicht ist sehr stark vom Blick auf die Sozialversicherungen geprägt, sie fokussiert auf Beeinträchtigungen und auf Massnahmen, diesen zu begegnen. Wir plädieren hingegen stark dafür, dass man das Potenzial dieser Menschen im Auge behält und letztlich auch ihre Menschenrechte respektiert. Deshalb ist deren Gleichstellung sehr wichtig, ein Thema, das bisher vernachlässigt wurde. Wir erwarten eine öffentliche Strategie, die sowohl das Thema Gleichstellung wie das Thema Sozialversicherungen gesamthaft betrachtet.

Zu klären ist offensichtlich auch, was überhaupt unter einer Behinderung zu verstehen ist. Sie monieren, dass noch immer ein defizitäres, medizinisches Verständnis vorherrsche.

So ist es. Man schaut auf die vorhandene Einschränkung, also aufs Defizit, und steuert entsprechend die Massnahmen. Das ist überholt. Wir wollen heute die Autonomie einer Person unterstreichen und auf deren Stärken fokussieren. Auch weitere Begrifflichkeiten wie Invalidität, was eigentlich Ungültigkeit bedeutet und herabsetzend wirkt, stehen für diese Haltung. Wir finden es wichtig, dass man von diesen Begrifflichkeiten wekommt, die auch gesellschaftliche Vorurteile widerspiegeln.

Müsste man also, um ein Beispiel zu nennen, den Namen der Invalidenversicherung, kurz IV, ändern?

Ja, das wäre gut, sofern es mit sinnvollem Aufwand machbar ist. Der Name müsste positiv formuliert sein, im Sinne einer Befähigung für Erwerbsarbeit. Noch wichtiger ist uns aber, dass die effektive Situation im Alltag verbessert wird.

Als erschwerend kritisieren Sie den Föderalismus, weil die Eingliederung von Menschen mit Behinderungen aufgrund dieser Strukturen nicht wirklich gut funktioniere.

Ich bin überzeugt, dass wir die Idee der Inklusion auch mit unserem föderalistischen System umsetzen können. Das wird einfach noch nicht gemacht. Die Kantone würden profitieren, wenn der Bund mit einer kohärenten Strategie vorgehen würde, die

dann auch in den Kantonen umgesetzt werden könnte. Was wir wirklich brauchen – ob nun mit einer föderalistischen Struktur oder nicht –, ist eine Grundidee, wie Menschen trotz ihrer Beeinträchtigung autonom leben können, ohne dass sie von der Gesellschaft noch zusätzlich behindert werden.

Wo muss die Änderung stattfinden? In den Köpfen? Oder müssen wir einfach das Portemonnaie weiter öffnen?

In den Köpfen muss noch sehr viel passieren. Das soll aber kein Vorwurf sein, an niemanden. Es hat nicht mit bösem Willen, sondern vielmehr mit fehlenden Erfahrungen und einem Mangel an alltäglichen Kontakten zu tun. Die Weichen sollten so früh wie möglich auf Inklusion statt auf Ausschluss gestellt werden. Das wird sich nicht nur menschlich und gesellschaftlich, sondern auch volkswirtschaftlich lohnen. Denn, um über das von Ihnen angesprochene Portemonnaie zu reden: Heute wird auch oft Geld für Massnahmen eingesetzt, die nicht im Sinn der Inklusion sind. Der Einsatz für ein selbstbestimmtes Leben von möglichst vielen Menschen wird unter dem Strich nicht mehr kosten. Es wird einfach an anderer Stelle investiert werden als bisher: weniger für Sonderlösungen am Rand oder ausserhalb, mehr für Förderungsmassnahmen innerhalb unserer Gesellschaft.

NZZ 29.8.2017